

Die Linke: Ein Ahrtal 2.0 wäre heute genauso möglich

Nach dreitägiger Besetzung hat die Polizei in Gießen am Dienstag das ehemalige Institutsgebäude der Justus-Liebig-Universität in der Hein-Heckroth-Straße geräumt. Zuvor verbreiteten die Besetzer eine Presseerklärung:

Die Polizei hat am Dienstag, dem 14. Juli, gegen 6 Uhr morgens angefangen, die Aktivist*innen aus dem am Samstag, dem 11. Juli 2026, besetzten Haus in der Hein-Heckroth-Straße 3 gewaltvoll zu räumen. Die Aktivist*innen des Freiraum-Hauses und zahlreiche Unterstützer*innen, die zum Teil auf der angemeldeten Mahnwache vor dem Freiraum-Haus geschlafen haben, zeigen sich empört.

Die Aktivist*innen hatten am vergangenen Samstag das leerstehende Haus besetzt und es sich zum Ziel gemacht, das Haus der Gesellschaft als gemeinschaftlichen Ort der Begegnung auf Augenhöhe zurückzugeben. Die Aktivist*innen kritisierten, dass offene Begegnungs- und Austauschräume ohne Konsumzwang in Gießen aufgrund von Insolvenz und fehlender Finanzierung schließen mussten, während die Bedürfnisse nach solchen Räumen in Zeiten voller Krisen größer sind denn je. Anstatt die vielen Häuser der Justus-Liebig-Universität Gießen weiter leerstehen zu lassen, wurde hier durch die Aktivist*innen gehandelt und die Schaffung eines dringend benötigten Kultur- und Schutzraums selbst in die Hand genommen.

Es wurden zahlreiche Konzepte zur möglichen Gestaltung des Raumes vorgelegt. Leider zeigte sich schnell, dass von seiten der Universität bloß eine vorgegaukelte Verhandlungsbereitschaft an den Tag gelegt wurde, da von ihrer Seite aus nie ein Interesse daran bestand, Leerstand nutzbar zu machen. Die Entscheidung der Universität zeigt, dass sie Leerstand eher akzeptiert, als ihrer Verantwortung gegenüber der Stadtgesellschaft nachzukommen.

Nach den scheinheiligen Verhandlungen über die Zukunft des Hauses machten sich Einsatzkräfte in den frühen Morgenstunden bereit, das Freiraum-Haus gewaltsam zu räumen.

Die Aktivist*innen freuen sich über Support. Sie rufen alle Bürger*innen Gießens auf, zum Freiraum-Haus in die Hein-Heckroth-Straße 3 zu kommen und sich der angemeldeten Mahnwache anzuschließen.

Anlässlich des fünften Jahrestages der Flutkatastrophe im Ahrtal warnte Jan Köstering, Sprecher für Zivilen Bevölkerung- und Katastrophenschutz der Fraktion Die Linke im Bundestag, am Dienstag vor fehlenden Konsequenzen aus der Klimakrise:

Fünf Jahre nach der Katastrophe im Ahrtal und in Nordrhein-Westfalen ist der Bundesregierung weder der Wiederaufbau gelungen noch sind wir heute besser

auf die Gefahren des Klimawandels vorbereitet als damals. So schweigt Bundeskanzler Friedrich Merz zu den Hitzetoten des letzten Juniwochenendes und ignoriert die Folgen der Klimakrise. Es hat sich gezeigt, dass weder das Gesundheitsministerium noch das Innenministerium in der Lage sind, schnell und angemessen auf solche Krisensituationen zu reagieren. Auf meine Frage im Bundestag antwortete mir die Bundesregierung ernsthaft, Übungen der Katastrophenschutzkräfte zum Thema Hitze führe das Innenministerium im November 2026 durch. Das macht klar: Die Bundesregierung bereitet das Land in keiner Weise auf die Klimakrise vor. Die dringend benötigten Investitionen in den Katastrophenschutz können die Bundesländer nicht alleine stemmen. So müssen wir am fünften Jahrestag der Katastrophe im Ahrtal leider festhalten: Ein Ahrtal 2.0 wäre heute genauso möglich und wird durch die Klimakrise sogar noch häufiger vorkommen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526076.die-linke-ein-ahrtal-2-0-wäre-heute-genauso-möglich.html>